SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Wahlen in Brasilien: von Lula da Silva zu Dilma Rousseff

Flemes, Daniel; Hoffmann, Anne Marie

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Flemes, D., & Hoffmann, A. M. (2010). *Wahlen in Brasilien: von Lula da Silva zu Dilma Rousseff.* (GIGA Focus Lateinamerika, 11). Hamburg: GIGA German Institute of Global and Area Studies - Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien, Institut für Lateinamerika-Studien. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-274764

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de

Terms of use:
This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Comercial-NoDerivatives). For more Information see:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

GIGA Focus
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Lateinamerika-Studien

Nummer 11
2010
ISSN 1862-3573

LATEINAMERIKA

Wahlen in Brasilien: von Lula da Silva zu Dilma Rousseff

Daniel Flemes und Anne Marie Hoffmann

Dilma Rousseff, die Präsidentschaftskandidatin der regierenden Arbeiterpartei PT, wurde am 31. Oktober 2010 mit 56 Prozent der Stimmen in einer Stichwahl gegen José Serra zur neuen Präsidentin Brasiliens gewählt. Anläßlich des ersten Wahlgangs am 3. Oktober hatten auch Gouverneurs- und Parlamentswahlen stattgefunden.

Analyse

Im ersten Wahlgang hatte Dilma Rousseff die absolute Mehrheit verfehlt. Hinter ihr landeten José Serra von der sozialdemokratischen PSDB sowie, überraschend stark, Marina Silva, die Kandidatin der Grünen Partei. Bei den Kongresswahlen errang die Regierungskoalition in beiden Kammern die absolute Mehrheit. In den 26 Bundesstaaten und dem Bundesdistrikt wird die Mehrzahl der Gouverneure hingegen weiterhin vom PSDB und den konservativen Demokraten (PMDB) gestellt.

- Entscheidend für den Wahlsieg Dilma Rousseffs war die vorbehaltlose Unterstützung ihres politischen Ziehvaters, Präsident Luiz Inácio „Lula“ da Silva. Als Ministerin im Präsidialamt galt sie darüber hinaus als Architektin seiner erfolgreichen Politik.
- Ob Rousseff, die in große Fußstapfen tritt, nur eine Übergangslösung nach russischem Vorbild ist, muss abgewartet werden. Ausschließen mochte da Silva, der weiterhin über eine immense Popularität verfügt, eine dritte Amtszeit jedenfalls nicht.
- Inhaltlich wurde vor allem auf dem Feld der Sozial- und Wirtschaftspolitik gestritten. Das klare Votum für Rousseff ist ein Mandat für die Fortsetzung der Umverteilungspolitik zur Eindämmung der sozioökonomischen Gerechtigkeitslücke.
- Erstmals wurden in Brasilien auch die Zukunftsthemen Umwelt- und Energiepolitik Gegenstand des Wahlkampfs. Mit ihrem Zugpferd Marina Silva ist die Grüne Partei zu einer substanziellen Größe in der politischen Landschaft gereift.
- Außenpolitisch ist unter Rousseff ein Höchstmaß an Kontinuität zu erwarten: Zentrales Ziel bleibt ein ständiger Sitz im UN-Sicherheitsrat. Die Spielfelder der Diplomatie, Unasur, IBSA, BRIC und G20, bleiben multilateral und unverbindlich.

Schlagwörter: Brasilien, Präsidenschafts- und Kongresswahlen, Dilma Rousseff, Wahlkampf, politische Agenda.

open access

Wahlergebnisse

Die Präsidentschaftskandidatin der regierenden Arbeiterpartei Partido dos Trabalhadores (PT), Dilma Rousseff, führte die Umfragen bereits seit Monaten an. Die studierte Wirtschaftswissenschaftlerin profitierte einerseits von der Popularität ihres Amtsvorgängers, punktete andererseits mit der glaubwürdigen Ankündigung, dessen politisches Programm fortzusetzen. Der als nüchterne Technokratin geltenden Ex-Guerillera war es außerdem gelungen, ein Wahlbündnis aus zehn Parteien mit dem Leitmotiv „Para o Brasil Seguir Mudando" (Für die Fortsetzung des Wandels in Brasilien) hinter sich zu vereinen.

Ihr aussichtsreichster Konkurrent, José Serra von der Partido da Social Democracia Brasileira (PSDB), warb mit dem Wahlkampfslogan „O Brasil Pode Mais" (Brasilien kann mehr). Damit appellierte er stärker an die Leistungsbereitschaft der Brasilianer, unterschied sich in seiner inhaltlichen Stoßrichtung aber wenig von der Regierungspartei. Überraschend war der Erfolg Marina Silvas von der aufstrebenden Grünen Partei Partido Verde (PV), die erstmals und ohne eigenes Wahlbündnis antrat. Die als unbestechlich anerkannte Renegatin der Arbeiterpartei war immerhin für knapp 20 Millionen der 136 Millionen wahlberechtigten Brasilianer eine glaubwürdige Alternative zu den Kandidaten der etablierten Parteien.

Tabelle 1: Ergebnis der Präsidentschaftswahlen

Kandidaten	Partei / Koalition	1. Wahlgang	2. Wahlgang
Dilma Rousseff	**Para o Brasil Seguir Mudando** (PT / PRB / PDT / PMDB / PTN / PSC / PR / PTC / PSB / PC do B)	46,91%	56,05%
José Serra	**O Brasil Pode Mais** (PSDB / PTB / PPS / DEM / PMN / PT do B)	32,61%	43,95%
Marina Silva	Partido Verde (PV)	19,33%	-
Plínio de Arruda Sampaio	Partido Socialismo e Liberdade (PSOL)	0,87%	-
Rui Costa Pimenta	Partido da Causa Operária (PCO)	0,09%	-
José Levy Fidelix	Partido Renovador Trabalhista Brasileiro (PRTB)	0,08%	-
José Maria de Almeida	Partido Socialista dos Trabalhadores Unificado (PSTU)	0,06%	-
José Maria Eymael	Partido Social Democrata Cristão (PSDC)	0,04%	-
Ivan Pinheiro Martins	Partido Comunista Brasileiro (PCB)	0,01%	-

Der 62-jährigen Dilma Rousseff gelang es, die Stammwähler der Arbeiterpartei zu mobilisieren, obwohl sie erst vor wenigen Jahren in die PT eingetreten war. Im armen und wenig entwickelten Nordosten, der Heimat von Lula da Silva, lag sie mit 68 Prozent um 12 Prozentpunkte besser als im Bundesdurchschnitt. Im wohlhabenden Süden entschieden sich hingegen nur rund 48 Prozent der Wahlberechtigten für Rousseff. Die Aussicht auf die erste Frau im brasilianischen Präsidialamt rief bei den Brasilianerinnen keine besondere Unterstützung für die Kandidatin hervor. Anders als allgemein angenommen, erhielt Rousseff deutlich weniger weibliche als männliche Stimmen. Dafür schnitt die Regierungskandidatin bei den Jungwählern (bis 24 Jahre) besser ab als José Serra. Die Kandidatin der PV, Marina Silva, wurde vorwiegend von Bürgern aus der städtischen Mittelschicht mit hohem Bildungsniveau gewählt. Während Rousseff bei Akademikern weniger punktete, konnte sie bei Geringverdienern und Transferleistungsempfängern erwartungsgemäß von den Sozialprogrammen der PT-Regierung profitieren.

Das Wählerprofil zeigt, dass ein Großteil der PT-Klientel auf die Fortsetzung der Umverteilungspolitik hofft. Das Wahlergebnis ist ein Votum für das von der Arbeiterpartei propagierte, nachfrageorientierte Entwicklungsmodell. Brasiliens neue Präsidentin hat das demokratische Mandat, die nach wie vor große Ungleichheit in der brasilianischen Gesellschaft weiter zu verringern. Um die wohlfahrtsstaatliche Politik ohne Abstriche fortzuführen, ist jedoch auch eine Mehrheit im Parlament notwendig.

In der letzten Legislaturperiode hatte Präsident da Silva nur eine fragile Parlamentsmehrheit und damit häufig Schwierigkeiten, zustimmungspflichtige Gesetze durch Abgeordnetenkammer und Senat zu bringen. Das von Rousseff gegründete Wahlbündnis zielte nicht zuletzt auf eine stabile Mehrheit in der Legislative. Dieses Ziel wurde mit dem vorliegenden Wahlergebnis erreicht: Die PT ist mit 88 bzw. 14 Sitzen die stärkste Fraktion in der Abgeordnetenkammer und die zweitstärkste im Senat. Das Parteienbündnis „Para o Brasil Seguir Mudando" verfügt mit insgesamt 311 Sitzen im Unterhaus und 50 Sitzen im Senat über die absolute Mehrheit in beiden Parlamentskammern.

Tabelle 2: Sitzverteilung im Parlament

Parteien	Abgeordneten-kammer	Senat
Para o Brasil Seguir Mudando	**Sitze**	**Sitze***
Partido dos Trabalhadores (PT)	88	14 (2+12)
Partido do Movimento Democrático Brasileiro (PMDB)	79	21 (3+18)
Partido Republicano Brasileiro (PRB)	8	1
Partido Democrático Trabalhista (PDT)	28	4 (2+2)
Partido Trabalhista Nacional (PTN)	0	
Partido Social Cristão (PSC)	17	1
Partido da República (PR)	41	4 (1+3)
Partido Trabalhista Cristão (PTC)	1	
Partido Socialista Brasileiro (PSB)	34	3 (1+2)
Partido Comunista do Brasil (PCdoB)	15	2 (1+1)
Insgesamt	**311**	**50**
Prozent	**60,63%**	**61,73%**
O Brasil Pode Mais		
Partido da Social Democracia Brasileira (PSDB)	53	10 (6+4)
Democratas (DEM)	43	6 (5+1)
Partido Trabalhista Brasileiro (PTB)	21	6 (5+1)
Partido Popular Socialista (PPS)	12	1
Partido da Mobilização Nacional (PMN)	4	1
Partido Trabalhista do Brasil (PTdoB)	3	
Insgesamt	**136**	**24**
Prozent	**26,52%**	**29,63%**
Ohne Wahlbündnis		
Partido Verde (PV)	15	
Partido Socialismo e Liberdade (PSOL)	3	2
Partido Renovador Trabalhista Brasileiro (PRTB)	2	
Partido Humanista da Solidariedade (PHS)	2	
Partido Republicano Progressista (PRP)	2	
Partido Social Liberal (PSL)	1	
Partido Progressista (PP)	41	5 (1+4)
Insgesamt	**66**	**7**
Prozent	**12,67%**	**8,64%**
Insgesamt	**513**	**81(27+54)**

* Im Senat wurden lediglich zwei Drittel (54) der Sitze neu vergeben.

Es ist jedoch davon auszugehen, dass sich die Zusammensetzung der Regierungskoalition bis zur Amtsübergabe Anfang 2011 noch verändern wird. Denn Parteidisziplin und Parteitreue sind in Brasilien traditionell wenig ausgeprägt. Um die formal zum Wahlbündnis zählenden Abgeordneten auf Dauer einzubinden, wird Rousseff bei der Postenvergabe so viele Parteien wie möglich berücksichtigen müssen.

Auch die personalisierte Verhältniswahl zur brasilianischen Abgeordnetenkammer ist in der Praxis eine Abstimmung über individuelle Kandidaten, deren Parteizugehörigkeit im Wahlkampf regelmäßig in den Hintergrund tritt. Die Bildung der Regierungskoalition im Kongress ist seit jeher ein komplizierter Aushandlungsprozess. Die Mandatsträger werden vor ihrer Einwilligung die Interessen ihrer Parteien inklusive der Verpflichtungen gegenüber den Finanziers ihrer Wahlkämpfe, der Wahlversprechen an die Wähler und nicht selten auch der persönlichen Vorteile abwägen.

Einen wichtigen Fortschritt bei der Herstellung von mehr Stabilität und Fraktionstreue erwirkt eine Entscheidung des Obersten Wahlgerichts (TSE) von 2008. Erstmals müssen Abgeordnete, die nach der Wahl zu einer anderen Partei wechseln, ihren Sitz in der Kammer an die Partei zurückgeben, für die sie gewählt wurden.

Eine besondere Rolle als Unterstützer der PT spielt die Partei Partido do Movimento Democrático Brasileiro (PMDB). Als größte Partei Brasiliens und traditioneller Mehrheitsbeschaffer für Präsidentschaftskandidaten jedweder politischer Couleur stellt die Partei nicht nur den Vizepräsidenten, Michel Temer, sondern beansprucht auch mehrere Ministerposten. Auch der PMDB behält sich jedoch grundsätzlich vor, unterschiedliche Parteien auf Bundes- und Bundesstaatenebene zu unterstützen, so dass der neu gewählten Präsidentin auch die 79 PMDB-Mandate bisher keinesfalls sicher sind.

Entscheidend kann auch die Einbindung der Grünen Partei (PV) von Marina Silva sowie die der progressiven Partei PP sein, die mit 15 bzw. 41 Sitzen die stärksten unabhängigen Fraktionen in der Abgeordnetenkammer sind.

Wahlkampf: Der Faktor Lula

Die Oppositionskandidaten traten nicht allein gegen die Regierungskandidatin Dilma Rousseff an, sondern vor allem gegen das politische Denkmal Lula da Silva. Die Zustimmungswerte für den inzwischen von breiten Bevölkerungsschichten zum brasilianischen Übervater verklärten da Silva liegen am Ende seiner Amtszeit bei sagenhaften 80 Prozent. Die *Financial Times* verglich den ehemaligen Gewerkschafter kürzlich bereits mit Nelson Mandela. Selbst konnte da Silva nicht mehr kandidieren, da ihm die Verfassung eine dritte konsekutive Amtszeit verwehrt.

Während die neu gewählte Präsidentin lediglich die Fortsetzung der erfolgreichen Sozial- und Wirtschaftspolitik ankündigen musste, wäre substanzielle Kritik an der von da Silva verantworteten Regierungspolitik als Majestätsbeleidigung aufgefasst worden. Als Ministerin im Präsidialamt war Rousseff untrennbar mit der politischen Agenda ihres politischen Ziehvaters verbunden. Der im Wahlkampf allzeit präsente Lula da Silva versäumte es zudem nicht, die tragende Rolle Rousseffs innerhalb seiner Administration farbenreich auszumalen. Auch eine dritte Amtszeit nach einem Intermezzo seiner „Kronprinzessin" nach russischem Vorbild schloss da Silva nicht aus.

Dem als politisch sehr erfahrenen, aber im Vergleich mit dem Tandem der Arbeiterpartei etwas spröde wirkenden José Serra (PSDB) blieben in der stark personalisierten Auseinandersetzung kaum strategische Optionen, um sich als klare Alternative zu profilieren. Unter Präsident Fernando Henrique Cardoso (1995-2002) hatte er als Planungs- und Gesundheitsminister fungiert. Im Wahlkampf kritisierte er zuvorderst die Versäumnisse der Regierung in den Bereichen Gesundheit und öffentliche Sicherheit.

Serra war zuletzt Gouverneur des Bundesstaates São Paulo gewesen. Seine positive Bilanz in der Finanz- und Industriemetropole hatte sein Profil als Wirtschaftsfachmann geschärft. Dennoch kam er nicht umhin, der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung da Silva und damit auch seiner Rivalin Anerkennung zu zollen. Es blieb ihm einzig darauf zu verweisen, dass der Grundstein für diese Politik bereits von dem Sozialdemokraten F.H. Cardoso gelegt worden war, u.a. mit dem *Plano Real* zur Herstellung von mehr Währungs- und Wirtschaftsstabilität.

Marina Silva (PV) spielte zwar nur eine Außenseiterrolle, jedoch war es nicht zuletzt der Achtungserfolg der bekennenden Evangelikalen, der einen zweiten Wahlgang erzwang. Die ehemalige Umweltministerin war aus der Regierung Lula da Silvas ausgeschieden, weil Umwelt- und Klimafragen in der Arbeiterpartei seinerzeit nicht ernst genug genommen wurden. Inzwischen hat die PT jedoch dazu gelernt und ihr umwelt- und klimapolitisches Profil geschärft. Während Dilma Rousseff vor der Stichwahl viele Künstler und Intellektuelle als Unterstützer gewinnen konnte, hatte José Serra die brasilianischen Evangelikalen umworben. Diese machen mittlerweile ungefähr ein Viertel der Wählerschaft aus und konnten den Wahlsieg der PT-Kandidatin laut Meinungsumfragen kurzzeitig ernsthaft gefährden. Rousseff änderte erst vor der Stichwahl und entgegen ihrem Wahlprogramm als Zugeständnis an diese Wählergruppe ihre Haltung zur Abtreibungsfrage. Genau wie Serra sprach sie sich gegen die Aufhebung des Abtreibungsverbots aus. Auch 63 der 513 Kongressabgeordneten werden von politischen Beobachtern zu einem informellen Evangelikalennetzwerk gezählt.

Die Hauptrolle im Wahlkampf spielten allerdings weder religiös-moralische Fragen noch die politische Auseinandersetzung um die drängenden, strukturellen Probleme des Landes. Während die sozioökonomischen Verwerfungen inklusive der Bildungs- und Gesundheitsmisere noch öffentlich diskutiert wurden, kamen die überfälligen Strukturreformen (Renten-, Steuer-, Verwaltungs-, Föderalismus-, Land-, Justiz- und Polizeireform) nur am Rande vor.

Stattdessen versuchte insbesondere Serras Oppositionsbündnis die Regierungskandidatin durch Negativkampagnen zu diskreditieren. Ob Dilma Rousseff tatsächlich staatliche Institutionen genutzt hat, um an Informationen über Angehörige ihres Mitbewerbers Serra zu gelangen, konnte ebenso wenig geklärt werden wie die Frage nach der Verwendung öffentlicher Gelder für Wahlkampfzwecke. Zu den politisch motivierten Anschuldigungen seitens der Opposition gehörte dagegen die Behauptung, die PT unterhalte Verbindungen zu der tief in den illegalen internationa-

len Drogenhandel verstrickten kolumbianischen FARC-Guerilla.

Die brasilianischen Wähler sind von ihrer politischen Elite jedoch einiges gewohnt und ließen sich durch derlei Kleinigkeiten offenbar nicht beeindrucken. Schließlich wurde Präsident da Silva 2006 trotz eines politischen Korruptionsskandals größten Ausmaßes wiedergewählt. Zwar werden Veruntreuung öffentlicher Mittel, Amtsmissbrauch, Vetternwirtschaft und Korruption in weiten Teilen der brasilianischen Öffentlichkeit ob ihrer Häufigkeit als Teil der politischen Normalität des Landes wahrgenommen, doch war es die kritische Zivilgesellschaft, die mittels einer Bürgerinitiative das Gesetz *Ficha Limpa* (Weiße Weste) auf den Weg brachte. Damit wurde bei dieser Wahl erstmals verhindert, dass eine Reihe vorbestrafter Politiker zur Wahl antrat. Weil das Gesetz auch rückwirkend gilt und bis Januar 2011 noch eine Reihe „Westen" auf ihre Sauberkeit hin überprüft werden müssen, sind die Ergebnisse der Kongresswahlen als vorläufig zu betrachten.

Wahlentscheidend: Sozial- und Wirtschaftspolitik

Soweit im Wahlkampf inhaltlich diskutiert wurde, etwa während der Fernsehdebatten zwischen den Kandidaten, standen vor allem die sozioökonomisch en Politikfelder im Zentrum der Auseinandersetzungen: Soziales, Bildung, Gesundheit, Infrastruktur, Wirtschaft und Finanzen. Die neue Präsidentin war während der letzten Legislaturperiode für die Umsetzung des 2007 auf den Weg gebrachten Wachstumsbeschleunigungsprogramms (Programa de Aceleração do Crescimento (PAC) verantwortlich gewesen.

PAC ist ein auf Wachstum zielendes, umfassendes Infrastrukturprogramm, das den Energiesektor, den sozialen Wohnungsbau, Wasser- und Abwasserversorgung sowie umfangreiche Straßenbauprojekte miteinschließt. Als Ziel des vorwiegend aus öffentlicher Hand finanzierten Programms wurde ein jährliches Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 5 Prozent ab 2008 ausgegeben. Das diesjährige Wirtschaftswachstum von 7 Prozent wurde von den Wahlkampfstrategen der PT folglich direkt mit dem PAC in Verbindung gebracht und zum Sinnbild der Verbindung von wirtschaftlichem Wachstum und sozialer Gerechtigkeit stilisiert.

Das auf den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft basierende Entwicklungsmodell war die entscheidende konzeptionelle Grundlage für den erneuten Wahlerfolg der PT-Regierung. Mit den Umverteilungsprogrammen *Fome Zero* und *Bolsa Família* konnte das Hungerleiden in Brasilien nahezu vollständig eingedämmt werden; 24 Millionen Menschen entkamen der absoluten Armut, womit ein Millenniumsentwicklungsziel vorzeitig erreicht wurde.

Die auch aufgrund des kontinuierlich erhöhten Mindestlohns gestiegene Binnennachfrage führte schließlich nicht nur zu einem Wachstumsschub, sondern zusammen mit den hohen Rohstoffpreisen auf dem Weltmarkt auch zu relativer Immunität der brasilianischen Volkswirtschaft gegen die Folgen der internationalen Finanzkrise. Allein im Krisenjahr 2009 wurden 1,7 Mio. (während beider Amtszeiten 14 Mio.) neue Arbeitsplätze geschaffen. Heute gehört die Hälfte der Brasilianer zur unteren Mittelschicht, vor der ersten PT-Regierung war es nur ein gutes Drittel.

Dem Sozialdemokraten José Serra fiel es sichtlich schwer, einen Gegenentwurf zum sozialdemokratischen Programm der Arbeiterpartei vorzulegen. Dem ausgewiesenen Ökonomen, der sich im Wahlkampf als „Präsident der Produktion" inszenieren ließ, gelang es nicht, eine klare wirtschaftspolitische Linie zu kommunizieren. Einerseits wollte er am Wirtschaftskurs der Regierung festhalten und nur kleinere Missstände beheben. Andererseits versprach er gleichzeitig Steuersenkungen, eine Rückführung der Staatsverschuldung und eine Fortsetzung der öffentlichen Investitionsprogramme. Damit nicht genug kündigte er für den Fall seiner Wahl auch noch die Anhebung des Mindestlohns von 510 auf 600 Reais (von 220 auf 260 Euro) an. Wie all dies finanziert werden sollte? Selbstverständlich mit Steuereinnahmen aus dem zu erwartenden Wirtschaftswachstum. Diese Rechnung trug Serra bei einer Fernsehdebatte den ironischen Beinamen „der Magier" ein.

Auch im Bildungsbereich hatte Serra der positiven Regierungsbilanz keine echte Alternative entgegenzusetzen. Durch das staatliche Bildungsentwicklungsprogramm Plano de Desenvolvimento da Educação (PDE) gehen inzwischen 97

Prozent der schulpflichtigen Kinder zur Schule – Transferzahlungen im Rahmen von *Bolsa Família* haben u.a. den Schulbesuch der Kinder zur Bedingung. Etwa 750.000 Studenten erhielten Universitätsstipendien (*ProUni*); es wurden während da Silvas Präsidentschaft 16 neue Universitäten gegründet und die Anzahl der technischen Schulen konnte verdoppelt werden. Rousseff kündigte an, den Kurs in der Bildungspolitik fortzusetzen und die starke Rolle des Staates auch auf andere gesellschaftliche Problemfelder wie Wohnungsbau und Gesundheit zu übertragen. Sie versprach den Bau von zwei Mio. Sozialwohnungen. Die chronisch unterfinanzierte öffentliche Gesundheitsfürsorge Sistema Único de Saúde (SUS) soll durch eine gesetzliche Investitionsverpflichtung der Kommunen verbessert werden.

Zukunftsthemen: Energie- und Umweltpolitik

Die Kandidatin der Grünen Marina Silva setzte Umwelt- und Klimapolitik erstmals auf die Wahlkampfagenda. Schon als Umweltministerin der Regierung Lula da Silvas war sie sehr populär. Ihr Hauptanliegen ist es, den oftmals nur scheinbaren Gegensatz zwischen Umweltschutz und Wirtschaftswachstum zu überwinden. Bereits nach der Wiederwahl da Silvas 2006 gab es Überlegungen, Marina Silva als Umweltministerin abzulösen, weil sie sich immer wieder gegen Infrastrukturprojekte (im Amazonasgebiet) stemmte.

Ihrer Popularität tat es keinen Abbruch, dass sie ihr Amt 2008 wegen der Inkompatibilität ihrer Vorstellungen mit dem Regierungsprogramm niederlegte. Im Gegenteil, schon kurze Zeit später folgte ihr Wechsel in die Grüne Partei (PV) und die Ankündigung ihrer Präsidentschaftskandidatur. Obwohl die PV mittlerweile 30 Jahre alt ist, steht sie politisch, ebenso wie die sozialen Bewegungen im Bereich des Umwelt- und Klimaschutzes, noch ganz am Anfang ihrer Entwicklung.

Gerade das Spannungsfeld zwischen Energie- und Umweltpolitik spielte im Wahlkampf eine wichtige Rolle. Die Opposition kritisierte u.a. einige Großprojekte, die im Rahmen des energiepolitischen Infrastrukturprogramms geplant sind. So hat etwa das geplante Wasserkraftwerk Belo Monte aufgrund seiner ökologischen Folgen und der bevorstehenden Umsiedlung von etwa 20.000 Indigenen den Widerstand Marina Silvas auf den Plan gerufen. Für den Bau eines der mit elf Gigawatt weltweit leistungsstärksten Wasserkraftwerke muss der Xingu, ein Seitenfluss des Amazonas, gestaut werden.

Die brasilianische Elektrizitätswirtschaft ist zu 90 Prozent von Wasserkraftwerken abhängig. Darüber hinaus sieht ein bereits 2006 aufgelegter Energieplan die stärkere Nutzung fossiler Brennstoffe sowie den Ausbau von Sonnen-, Wind- und insbesondere der Atomenergie vor. Dilma Rousseff, die im Kabinett da Silvas von 2003 bis 2005 auch als Energie- und Bergbauministerin fungierte, warb im Wahlkampf für den Plan, Brasilien mittelfristig zum Energieexporteur zu machen.

Die Notwendigkeit auf erneuerbare Energieträger zu setzen, deren Anteil in Brasilien bereits knapp 50 Prozent ausmacht, war zwischen den Präsidentschaftskandidaten unstrittig. Gleiches gilt für die Ausbeutung der Erdölreserven vor der brasilianischen Küste, dank derer Brasilien die Aufnahme in die OPEC winkt.

Kritisch gegenüber stand Marina Silva der weitgehenden Umstellung der nationalen Industrie auf Ethanol und Biotreibstoffe, weil damit Umweltschäden einhergehen (etwa die Rodung des Regenwaldes zur Gewinnung von Agrarland für den Zuckerrohranbau). Zudem sprach sie sich gegen die Ausweitung der Atomenergie aus, allerdings ohne damit beim Großteil der Bevölkerung auf besonderes Interesse zu stoßen.

Im Ergebnis steht unter Dilma Rousseff der extensive Ausbau der brasilianischen Atomindustrie zu erwarten. Nach den Atommeilern Angra I und II ist derzeit mit Angra III das dritte AKW im Bundesstaat Rio de Janeiro im Bau. Bis 2030 sollen vier weitere Reaktoren gebaut werden, je zwei im Nordosten und Südosten Brasiliens. Konkrete Pläne für die Lagerung des Atommülls gibt es bisher nicht.

In der Klimapolitik gelang es der PT-Regierung der grünen Opposition durch eine Kehrtwende das Wasser abzugraben. Peu à peu verabschiedete sich die Administration Lula da Silvas vom Prinzip der „gemeinsamen aber differenzierten Verantwortung“ in den globalen Klimaverhandlungen (gemeint ist damit eine historische Verantwortung der Industrieländer für den Klimawandel). Als weltweit viertgrößter Emittent verpflichtete sich Brasilien bei der Klimakonferenz in Ko-

penhagen freiwillig, seine Emissionen bis 2020 um mindestens 36 Prozent zu verringern. Gleichzeitig forderte Präsident da Silva medienwirksam, dass nun die Industrieländer am Zuge seien, ihren Beitrag zu leisten. Mit diesem Vorstoß war der erste Schritt zur Profilierung Brasiliens als Vorreiter beim globalen Klimaschutz getan.

Ein von Dilma Rousseff 2008 vorgelegter Klimaplan sieht u.a. vor, die zur Hälfte für die brasilianischen Emissionen verantwortlichen Entwaldungsraten bis 2017 um 70 Prozent zu reduzieren. Der Klimaplan, dessen Umsetzung schneller begonnen hat als erwartet, ist die Grundlage für die Positionierung des Amazonasstaates als Klimamacht in der internationalen Politik.

Außenpolitische Perspektiven

Neben der Umwelt- und Klimapolitik war auch die Außenpolitik erstmals ein prominentes Thema im brasilianischen Präsidentschaftswahlkampf. Das hängt einerseits mit dem rasanten wirtschaftlichen und politischen Aufstieg des Landes zusammen. Andererseits haben sich Präsident da Silva und sein Außenminister Celso Amorim (PT) als begnadete Kommunikatoren erwiesen, die internationale Fragen immer wieder in die öffentliche Debatte einzuspeisen verstanden. So lobte selbst die als konservativ geltende Tageszeitung *O Estado de São Paulo*, die auf der Zielgeraden des Wahlkampfes klar auf der Seite José Serras Stellung bezog: Außenpolitik werde seit Lula nicht mehr ausschließlich von elitären Zirkeln hinter den verschlossenen Türen des Außenministeriums Itamaraty gemacht, sondern im Kongress und in den Medien demokratisch diskutiert.

Wie in der Klimapolitik ist von der künftigen Präsidentin Dilma Rousseff auch auf anderen Feldern der Außenpolitik ein hohes Maß an Kontinuität zu erwarten. Drei Kontroversen zwischen Rousseff und den Oppositionskandidaten verdeutlichen die Fortführung der außenpolitischen Agenda von da Silva und Amorim:

Erstens verweist Rousseff in ihrem Wahlprogramm explizit auf die Intensivierung der Süd-Süd-Beziehungen (IBSA, BRIC, Afrikapolitik), während Serra eine Rückorientierung zu den traditionellen Partnern der brasilianischen Außenpolitik in Nordamerika und Europa angedeutet hatte.

Zweitens wurde Rousseff nicht müde, die zentrale Bedeutung der Regionalbündnisse Mercosur und Unasur zu betonen, die in alle (Freihandels-) Verhandlungen mit extra-regionalen Akteuren, etwa der EU, mit eingebunden werden müssten. Serra konnte sich dagegen auch stärker bilateral geprägte Beziehungen zu den globalen Machtzentren vorstellen, freilich ohne die kooperativen Regionalbeziehungen aufs Spiel setzen zu wollen.

Und drittens zeichneten sich beim künftigen Verhältnis Brasiliens zu populistisch und autoritär regierten Staaten gegensätzliche Positionen ab. José Serras Kritik zielte auch auf die guten Beziehungen da Silvas zu seinen Amtskollegen in Venezuela, Hugo Chávez, und Bolivien, Evo Morales. Einig waren sich die Oppositionskandidaten in ihrer Kritik an den „freundschaftlichen Beziehungen" (Serra) zwischen Lula da Silva und dem iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad. Sowohl José Serra als auch Marina Silva betonten im TV-Duell zwischen den Präsidentschaftskandidaten, dass sie einen Diktator, der die Menschenrechte missachte, nicht empfangen hätten. Dilma Rousseff entgegnete staatsmännisch, dass es in der Weltpolitik nicht um persönliche Beziehungen zwischen Staatsoberhäuptern ginge, sondern um eine Außenpolitik des Dialoges und der guten Zusammenarbeit. Exklusion sei dagegen kontraproduktiv in der Diplomatie.

Brasiliens Verhandlungspartner im Kreis der G20 und anderswo werden sich auch in Zukunft auf eine professionell aufgestellte und selbstbewusst vorgetragene Außenpolitik einzustellen haben. Die aufstrebende Wirtschafts- und Klimamacht wird weiterhin in flexiblen und unverbindlichen Koalitionen (IBSA, G4, BASIC) danach streben, ihre nationalen Interessen soweit wie möglich durchzusetzen. Das übergeordnete Ziel bleibt der Aufstieg zur Großmacht; dessen institutionelle Ausprägung bis auf Weiteres ein ständiger Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ist.

Die Autoren

Dr. Daniel Flemes ist Schumpeter-Fellow der Volkswagen Stiftung am GIGA und koordiniert die Brasilienforschung am GIGA Institut für Lateinamerika-Studien.

E-Mail: <flemes@giga-hamburg.de>, Website: <http://staff.giga-hamburg.de/flemes>

Anne Marie Hoffmann war Praktikantin am GIGA Institut für Lateinamerika-Studien. Sie studiert im Masterstudiengang Transition Studies an der Justus-Liebig Universität in Giessen.

E-Mail: <anne.m.hoffmann@sowi.uni-giessen.de>

GIGA- Forschung zum Thema

Unter <www.giga-hamburg.de/brasilien> bietet das GIGA schnellen Zugriff auf seine Forschungsthemen und Expertise zu Brasilien. Zahlreiche Publikationen des Instituts können im Volltext kostenlos heruntergeladen werden.

GIGA-Publikationen zum Thema

Flemes, Daniel (2009), Brazilian Foreign Policy in the Changing World Order, in: *South African Journal of International Affairs*, 16, 2, 161-182.

Flemes, Daniel (2008), *Brasiliens neue Verteidigungspolitik: Vormachtsicherung durch Aufrüstung*, GIGA Focus Lateinamerika, 12, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/lateinamerika>.

Flemes, Daniel (2007), *Brasilien – Regionalmacht mit globalen Ambitionen*, GIGA Focus Lateinamerika, 6, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/lateinamerika>.

Llanos, Mariana und Francisco Sánchez (2006), Councils of Elders? The Senates and Its Members in the Southern Cone, in: *Latin American Research Review*, 41, 1, 133-52.

Montero, Alfred P. (2010), No Country for Leftists? Clientelist Continuity and the 2006 Vote in the Brazilian Northeast, in: *Journal of Politics in Latin America*, 2, 2, 113-153, online: <www.jpla.org>.

Nolte, Detlef und Christina Stolte (2007), *Machtressource Bioenergie: Eine neue strategische Partnerschaft zwischen Brasilien und den USA*, GIGA Focus Lateinamerika, 3, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/lateinamerika>.

Stadler, Julia (2008), Informelle Institutionen jenseits normativer Forschung: Rückschlüsse aus dem institutionellen Design des brasilianischen Wahlprozesses, in: *Lateinamerika Analysen*, 20, 2, 3-22.

open access

Der GIGA *Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons*-Lizenz *Attribution-No Derivative Works 3.0* <http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA *Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.

IMPRESSUM

Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Ausgewählte Texte werden in der GIGA *Focus* International Edition auf Englisch veröffentlicht. Der GIGA *Focus* Lateinamerika wird vom GIGA Institut für Lateinamerika-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Redaktion: Michael Radseck; Gesamtverantwortliche der Reihe: André Bank und Hanspeter Mattes
Lektorat: Julia Kramer; Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

GIGA Focus
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Lateinamerika-Studien